

Die US-Demokraten sind Opfer ihres Erfolgs

Eigentlich müsste die Demokratische Partei gegen den erratischen Donald Trump leichtes Spiel haben – doch dieser hat viele ihrer Anliegen gekapert. Gastkommentar von Stephan Bierling



Donald Trump müsste eigentlich ein Traumziel für jede Opposition sein: Er regiert spalterisch und erratisch, pöbelt und lügt und ist so korrupt wie kein US-Präsident vor ihm. Das angekündigte goldene Zeitalter lässt auf sich warten, die Inflation bleibt hoch, der Arbeitsmarkt lahmt. Trotzdem fanden die Demokraten in seiner zweiten Amtszeit bis anhin keine Mittel und Wege, ihn in die Enge zu treiben. Dafür gibt es fünf Gründe.

■ Erstens leben die USA in einer Ära beispieloser parteipolitischer Polarisierung. Trump führt seine Partei wie ein Guru seine Sekte, Abtrünnige gibt es kaum. Da 90 Prozent der Bürger Stammwähler sind, werden Präsidentschaftswahlen seit 2012 meist mit hauchdünnen Mehrheiten entschieden, grosse Meinungsumschwünge sind Geschichte. Konnte beispielsweise Ronald Reagan 1980 noch 58,8 Prozent der Wähler für sich gewinnen, sind heute die Klientelen der beiden Parteien wie einbetont. Bei seinem selbsterklärten «Erdrutschsieg» 2024 holte Trump gerade einmal 49,8 Prozent. Das macht es schwer für eine Opposition, überhaupt zu überzeugende Wähler zu finden.

Zirkus mit drei Manegen

■ Zweitens ist Trump für die Demokraten wenig greifbar. Wie ein Derwisch wirbelt er durch die nationale und internationale Politik – Medien, Öffentlichkeit und Opposition können ihn kaum dingfest machen. Wollen ihn die Demokraten wegen der hohen Kosten seiner Zollorgien stellen, schickt der Präsident schon die Nationalgarde in von ihnen regierte Grossstädte. Kritisieren sie noch den Militäreinsatz gegen Venezuela, will er bereits Grönland annexieren.

Demokratie braucht Zeit, um Aktionen und Ideen der Regierenden zu diskutieren und zu beurteilen. Trump gibt niemandem diese Zeit. Wie in einem amerikanischen Zirkus mit drei Manegen führt er gleichzeitig in allen dreien Spektakel auf, und die Opposition ist überfordert, Schritt zu halten.

Eine vielversprechende Idee ist es, sich nicht länger als Partei der Sonderinteressen und besser Gebildeten zu vermarkten.

■ Drittens ist die Demokratische Partei unbeliebt. 2025 rauschten ihre Zustimmungswerte auf den niedrigsten Stand seit Jahrzehnten. Ende Dezember hießen die Partei laut der Umfrageplattform Real Clear Polling lediglich 33 Prozent der Wähler gut. Die Republikaner waren mit 38 und Trump mit 43 Prozent zwar ebenfalls unbeliebt, aber immer noch beliebter als die Opposition. Mit den demokratischen Kongressmitgliedern sind gemäss einer Erhebung der Quinnipiac University vom Oktober gar nur 18 Prozent zufrieden, mit den republikanischen immerhin 35 Prozent.

Der öffentliche Unmut über Trumps radikale Innen- und Außenpolitik stärkt also nicht wie früher automatisch die Opposition. Diese gilt selbst eigenen Anhängern als zu links, schwach und ineffektiv, viele ihrer Spitzenleute wie die Minderheitsführer in Senat und Repräsentantenhaus, Chuck Schumer und Hakeem Jeffries, haben noch niedrigere Zustimmungswerte als Trump. Dass der beliebteste Oppositionspolitiker der 84 Jahre alte Sozialist Bernie Sanders ist, offenbart die personelle und inhaltliche Schwäche der Partei.

■ Der vierte Grund für die Probleme der Demokraten: Sie finden kein Thema, mit dem sie Trump und die Republikaner attackieren und die Wähler begeistern können. Das hat damit zu tun, dass der Präsident seit 2015 Teile ihrer Agenda gekapert hat: Protektionismus und Kampf gegen die Immigration waren lange Jahrzehnte Kernanliegen der eng mit den Demokraten verbundenen Gewerkschaften. Fokus auf die Innenpolitik predigte als Erster 1992 der Demokrat Bill Clinton mit seinem Slogan «It's the economy, stupid», Rückzug aus internationalen Abenteuern versprachen schon Barack Obama und Joe Biden. Trump liefert all das im Turbo-Erhitzer und auf krudeste Art, aber er nimmt der Opposition damit zentrale inhaltliche Angriffspunkte.

■ Die wichtigste Ursache ihrer Blutleere ist allerdings ihr eigener historischer Erfolg. Seit den Tagen von Franklin Delano Roosevelt's New-Deal-Politik in den dreißiger Jahren haben sie die USA umge-

krempelt von einem Land der ungezügelten Marktkräfte zu einem modernen Wohlfahrtsstaat. Angeichts der horrenden Weltwirtschaftskrise regulierte FDR die Finanzmärkte, führte Einlagenversicherung und Körperschaftssteuer ein, subventionierte Farmer, förderte den Eigenheimbau und legte Arbeitsbeschaffungsprojekte auf. Und er rief Rentenversicherung und Mindestlohn ins Leben, bezuschusste die Arbeitslosenversicherung der Gliedstaaten und verbot Kinderarbeit.

Sein Nachfolger Harry Truman hob die Rassentrennung in den Streitkräften auf. Präsident Lyndon Johnson weite die Sozialstaat in den sechziger Jahren im Great-Society-Programm massiv aus: Medicare und Medicaid boten Rentnern und Bedürftigen staatlichen Krankenschutz, Sozialmassnahmen drückten den Armenanteil binnen fünf Jahren von 23 auf 13 Prozent. Und mit dem Bürgerrechts- und dem Wahlrechtsgesetz beendete Johnson die Diskriminierung der Schwarzen in den Südstaaten.

All dies erwies sich als so populär, dass republikanische Präsidenten wie Dwight Eisenhower und Richard Nixon diese Errungenschaften kaum anzustören wagten, sondern sie sogar ausbauten. Selbst Reagan, der konservativste Amtsinhaber seit einem halben Jahrhundert, schnitt den Wohlfahrtsstaat weniger zurück als im Wahlkampf verkündet.

Programmatisches Vakuum

Das letzte massive Sozialprojekt der Demokraten war das Ausweiten der Krankenversicherung, die sich Teile der unteren Mittelschicht nicht leisten konnten. War Clinton in den neunziger Jahren damit noch gescheitert, vollendete Obama 2010 dieses alte Vorhaben der Partei. Zwar verweigern sich bis heute zehn republikanische Gliedstaaten wie Texas und Florida Obamacare, doch halbierte das Gesetz die Quote der Unversicherten landesweit auf 8 Prozent. Während viele Amerikaner es anfangs ablehnten, wuchs die Zustimmung nach seiner Einführung stetig und erreichte in einer Gallup-Umfrage im August 2025 einen Rekordwert von 57 Prozent. Alle Anläufe der ersten Trump-Regierung, Obamacare abzuschaffen, scheiterten im Kongress oder vor dem Verfassungsgericht.

Die USA mögen kein überbordender Wohlfahrtsstaat sein, wie ihn viele Europäer kennen. Aber die Demokraten haben die Nation in den vergangenen neunzig Jahren gerade in innen- und sozialpolitischen Fragen stärker geprägt als die Republikaner. Alle ihre Kernprojekte sind heute umgesetzt, mehr noch, sie werden von einer deutlichen Mehrheit der Bürger als selbstverständlich und unantastbar geschätzt.

Dieser historische Erfolg bringt ein politisches Problem mit sich: Den Demokraten fehlt seit fünfzehn Jahren eine grosse Idee, mit der sie in Wahlkämpfen Mehrheiten begeistern können. Sich für die alten Erfolge selbst auf die Schulter zu klopfen und sich als ihre Verteidiger zu inszenieren, mobilisiert wenige Bürger, auch weil die Republikaner die populären Programme kaum anzugreifen wagen – selbst Trump scheut eine Reform des bald in Nöte geratenden Rentensystems und scheint sich mit Obamacare abgefunden zu haben. In das programmatische Vakuum stossen linke Aktivisten, die der Partei ihre Ideen oktroyieren: Minderheitenanliegen wie Transgender, Wokeness, «Defund the Police» oder «Black Lives Matter». Doch all das kann den Demokraten kein verbindendes weltanschauliches Gerüst verleihen. Im Gegenteil, es macht sie zu leichten Zielen für die Republikaner, die sie als Repräsentanten abgehobener und übergriffiger Eliten porträtiert können.

Wollen die Demokraten neuen Elan finden, müssen sie eine mehrheitsfähige Vision präsentieren. Ansätze dazu gibt es durchaus. Eine vielversprechende Idee etwa ist es, sich nicht länger als Partei der Sonderinteressen und besser Gebildeten zu vermarkten. Vielmehr sollten die Demokraten die Aufstiegschancen der Nichtakademiker in den Mittelpunkt stellen, die dauerhaft die Mehrheit im Land bilden und überproportional in den wahlentscheidenden Staaten des Rostgürtels im Norden vertreten sind. Pennsylvanias Gouverneur Josh Shapiro etwa praktiziert das eindrucksvoll. Gleich nach seinem Amtsantritt 2023 verfügte er, dass neun von zehn Stellen im öffentlichen Dienst seines Staats nicht länger nur Personen mit vierjähriger College-Ausbildung offenstehen dürfen. Das ist auch deshalb zukunftssträchtig, weil die Akademikerquote unter jungen Menschen wegen der enorm gestiegenen Universitätsgebühren sinkt und Ausbildungsbereiche attraktiver werden. Die Wähler im Swing State Pennsylvania dankten es Shapiro im Oktober 2025 mit einer Zustimmungsrate von 60 Prozent, nur 28 Prozent lehnten seine Arbeit ab.

Ein solches Bekenntnis zu Meritokratie und Chancengleichheit könnte besonders attraktiv sein in Zeiten, in denen Trump Posten und Einfluss nur an Familie, Buddys und Lohndudlen vergibt. Und was verkörpert den amerikanischen Traum besser als die Idee, dass Erfolg von der eigenen Leistung und nicht von Herkunft, Elternhaus, Beziehungen oder Zertifikaten abhängt?

Stephan Bierling lehrt internationale Politik mit Schwerpunkt USA an der Universität Regensburg.